



Die Rübenbauern

Wien, im Jänner 2008

Nahrungsmittelproduktion und Energieproduktion aus nachwachsenden Rohstoffen – ein Widerspruch?

Ausgangslage

Aufgrund des gestiegenen Ölpreises, der verstärkten Energienachfrage sowie des Klimawandels und der sich daraus ergebenden Verpflichtungen im Rahmen des Kyoto-Protokolls erlebt die Energieerzeugung auf Basis erneuerbarer Energieträger einen weltweiten Boom. Diese rasch vor sich gehende Entwicklung birgt Chancen, aber auch Risiken. Die ökonomischen, ökologischen und sozialen Auswirkungen sind maßgeblich von den politischen Rahmenbedingungen abhängig.

Das Stichwort „Nachhaltigkeit“ gewinnt immer mehr an Bedeutung und es ist mittlerweile eine anerkannte Tatsache, dass eine Reduktion des Energieverbrauchs in den reichen Staaten die wichtigste Maßnahme für eine nachhaltige, überlebensfähige Welt ist.

Die Möglichkeiten nachhaltiger Energiegewinnung sind zahlreich, doch das vorliegende Dokument konzentriert sich auf die Rolle der agrarischen Treibstoffe. Das komplexe Thema der „Biofuels“, der biogenen Treibstoffe¹, muss in seinen Auswirkungen immer auch regional betrachtet werden. Eine begrenzte Produktion von biogenen Treibstoffen in Industrieländern mit strukturellen Überschüssen ist zu begrüßen. Subventionierte Exporte in Entwicklungsländer haben in der Vergangenheit dazu geführt, dass lokale Märkte zerstört und Bauernfamilien² in ihrer wirtschaftlichen Existenz gefährdet wurden. Die EU hat im Rahmen der laufenden WTO-Verhandlungen das Auslaufen der

¹ Unter biogenen Treibstoffen sind in erster Linie Treibstoffe aus agrarischen Rohstoffen zu verstehen. Der Terminus „Bio“ im Zusammenhang mit der energetischen Nutzung von agrarischen Rohstoffen („Biomasse“, „Biokraftstoffe“) bedeutet nicht, dass diese Produkte unter den Auflagen der Verordnung (EG) Nr. 834/2007 des Rates vom 28. Juni 2007 über die ökologische/biologische Produktion erzeugt wurden.

² Mit dem Begriff Bauern sind insbesondere auch die Kleinbauern und Kleinbäuerinnen in Österreich und den Entwicklungsländern gemeint.

Ausfuhrerstattungen bis spätestens 2013 zugesagt und diese bereits substantziell reduziert.

Der Europäische Rat hat am 9. März 2007 weitreichende verbindliche Ziele für die integrierte europäische Energie- und Klimapolitik beschlossen.³ Demnach soll eine Verringerung der CO₂-Emissionen um 20 Prozent auch im europäischen Alleingang, die Verbesserung der Energieeffizienz um 20 Prozent und eine Steigerung des Anteils der erneuerbaren Energien am Gesamtenergieverbrauch von derzeit 6,5 Prozent auf durchschnittlich 20 Prozent erzielt werden. Der Biotreibstoffanteil am Gesamttreibstoffverbrauch soll bis 2020 auf 10 Prozent erhöht werden.

Biogene Treibstoffe aus heimischer Produktion

Österreich hat sich bereits vor Jahren aus guten Gründen dazu entschlossen, in die Produktion von biogenen Treibstoffen einzusteigen. Ausschlaggebend war u. a., dass der Export von Zucker in Drittstaaten aus WTO-rechtlichen Gründen eingestellt werden musste. Das Fehlen eines Entlastungsventils für die natürlichen Ertragsschwankungen hätte einen zu knappen Anbau bewirkt und in weiterer Folge zu einer mangelnden Fabrikauslastung geführt. Dies hätte eine Spirale in Gang gesetzt, die den Zuckerrübenbau massiv unter Druck gebracht und über kurz oder lang überhaupt in Frage gestellt hätte.

Im österreichischen Getreidesektor wird neben Qualitätsgetreide auch eine größere Menge Futtergetreide auf ausländische Märkte mit hohem Konkurrenzdruck (z. B. Italien) exportiert. Gleichzeitig werden von der Veredelungswirtschaft Eiweißfuttermittel – großteils aus Übersee – importiert. Bei der Produktion von Treibstoff aus biogenen Rohstoffen (Bioethanol und Biodiesel) wird jedoch nur ein Teil des Rohstoffs (Stärke bzw. Öl) genutzt. Sowohl bei der Biodiesel-, als auch bei der Bioethanolherstellung werden zusätzlich zu Treibstoff wertvolle Eiweißfuttermittel gewonnen, die Importe ersetzen können. Die Getreideversorgungsbilanzen bestätigen, dass Österreich im langjährigen Durchschnitt über ausreichende Rohstoffmengen verfügt, um die im Benzinsegment benötigte Menge Bioethanol zu produzieren (vgl. Brainbows-Studie 2007 und Grüner Bericht 2007). Bei Pflanzenölen für die Biodieselproduktion ist Österreich auch auf Importe angewiesen. Ziel ist es, diese vorwiegend aus den östlichen Nachbarländern – die noch enorme Produktionsreserven aufweisen – zu importieren.

Die landwirtschaftliche Produktion in der EU unterliegt zahlreichen strengen europäischen und nationalen Regelungen. Darüber hinaus wurden mit der Cross-Compliance weitere verbindliche Standards festgelegt. Darauf aufbauende, noch ambitioniertere ökologische Zielsetzungen, können im Bereich der Ländlichen Entwicklung verwirklicht werden. Und Österreich tut das auch. In Österreich werden durch die außerordentlich hohe Teilnahmerate am Agrarumweltprogramm ÖPUL und den damit einhergehenden Düngebeschränkungen die Umweltwirkungen landwirtschaftlicher Produktion in Vergleich zu anderen Mitgliedsstaaten noch weiter verringert. Es kommt durch die Produktion von biogenen Treibstoffen in Österreich weder zu einer Rodung von Wäldern noch

³ Schlussfolgerung des Vorsitzes, Europäischer Rat, 8./9. März 2007

zu einem Umbruch von Grünland. Zwingende rechtliche Vorgaben würden dem auch entgegenstehen. In diesem Zusammenhang ist es wichtig herauszustreichen, dass die Auflagen zur Erhaltung eines guten landwirtschaftlichen und ökologischen Zustandes für die Energieproduktion genauso gelten wie für die Lebensmittelproduktion.

Der 8. Umweltkontrollbericht und der Bericht über die Emissionstrends 1990–2005 des Umweltbundesamtes zeigen, dass die gesamten Treibhausgasemissionen der Landwirtschaft in diesem Zeitraum um 14 Prozent abgenommen haben, wobei die Methanemissionen um 15 Prozent und die Lachgasemissionen um 14 Prozent zurückgingen. Die versauernd wirkenden Luftschadstoffe (Stichwort: Versauerung und Eutrophierung) haben im selben Zeitraum ebenfalls um 14 Prozent abgenommen. Dies bestätigt, dass die Anstrengungen der österreichischen Landwirtschaft Früchte tragen.

Flächenkonkurrenz Nahrungsmittelproduktion vs. Energieproduktion

Weltweit gesehen gibt es derzeit immer noch ca. 850 Millionen Menschen, die Hunger leiden, obwohl laut FAO derzeit mehr als neun Milliarden Menschen mit Nahrung versorgt werden könnten. Es zeigt sich also sehr deutlich, dass es sich um ein Problem der Verteilung und weniger um die Frage der produzierten bzw. produzierbaren Mengen handelt. Trotz teilweise positiver Entwicklungen in einigen Ländern verschlechtert sich die Situation in vielen Teilen dieser Welt, vor allem in Subsahara-Afrika. Doch gibt es auch das Verteilungsproblem von Land, Wasser und Saatgut. Hunger betrifft zum großen Teil Menschen, die kein Land haben bzw. jene, die von ihrem Land vertrieben wurden.

Im Hinblick auf die genannten Zielsetzungen – und noch wesentlich stärker im Hinblick auf globale Entwicklungen – werden vielerorts Fragen betreffend die Flächenkonkurrenz zwischen Nahrungsmittel- und Energieproduktion aufgeworfen. Beim derzeitigen Wachstum des Bedarfs an biogenen Treibstoffen wird es regional einen Wettbewerb zwischen Treibstoffen und Nahrungsmitteln geben, das belegen einige Studien.

Lokale Produktion durch Bauern vs. Produktion durch Agro- und Energiekonzerne

Ein Beispiel für einen besonders positiven Einsatz von biogenen Treibstoffen ist die Verwendung im agrarischen Produktionszyklus. Es gibt Beispiele von kleinen Destillieranlagen in Brasilien, in denen Bioethanol mittels Mischkulturen und mit kurzen Transportwegen produziert wird und wo die Verwertung aller Nebenprodukte als Futtermittel oder Dünger erfolgt. Durch die Produktion werden Arbeitsplätze geschaffen und die Bauernfamilien, die diese Prozesse selbst kontrollieren, sind unabhängig von den Agrokonzernen. Auch in afrikanischen Ländern gibt es Beispiele der lokalen Produktion und Verwendung: Biogene Brennstoffe aus z. B. Jatropha werden für die Kochstellen verwendet und können damit zur Energieversorgung von armen Bevölkerungsschichten beitragen.

Auch bäuerliche Gemeinschaften in Österreich haben diesen Weg (wieder) beschritten. Noch vor wenigen Jahrzehnten wurden erhebliche Teile der landwirtschaftlichen Nutzfläche zur Gewinnung von Futtermitteln für die in der Land- und Forstwirtschaft bzw. im

Transportwesen eingesetzten Arbeitstiere genutzt. Durch die Gewinnung von Raps- oder Sonnenblumenöl für die Verwendung als Treibstoff und die Verfütterung des bei der Herstellung anfallenden Presskuchens lebt dieses Prinzip wieder auf. Der Weg, über bäuerliche Gemeinschaften die Verarbeitung zu organisieren, muss sich jedoch nicht auf kleine Einheiten beschränken. Die funktionierende bäuerliche Genossenschaftsstruktur im Milchsektor und die Beteiligung der Rübenbauern an der Bioethanolanlage Pischelsdorf zeigen, dass dies auch bei größeren Einheiten möglich ist.

Die Abhängigkeit von fossilen Energiequellen, die bisher von wenigen internationalen Konzernen und einigen Ländern kontrolliert werden, droht in bestimmten Regionen in eine neue Abhängigkeit von Unternehmen überzugehen, die den Agrarbereich und die dazu gehörenden Märkte weitgehend kontrollieren und beherrschen. Energiekonzerne, Agrarunternehmen und Finanzinvestoren investieren massiv in diesen Bereich und erschweren den demokratischen Zugang zu den natürlichen Ressourcen, der die Grundvoraussetzung für das Überleben von Milliarden Menschen darstellt.

Soziale und ökologische Auswirkungen in den Entwicklungsländern

Es werden aber auch schon jetzt Flächen in Übersee beansprucht, um Rindfleisch, Soja (Futtermittel für die europäische Fleischproduktion), Früchte und andere Nahrungsmittel und Rohstoffe (Baumwolle, Zellulose) für den Export nach Europa zu produzieren. Die exportorientierte Produktion vor Ort erfolgt vorwiegend durch Großbetriebe. Positive soziale Auswirkungen entstehen dadurch kaum – die Wertschöpfung bleibt bei den Agrokonzernen, Handelsunternehmen und Finanzinstitutionen. Es besteht die Gefahr, dass durch die Verdrängung von bäuerlichen Familien mehr Arbeitsplätze vernichtet als neu geschaffen werden, ausbeuterische Arbeitsverhältnisse nehmen zu, die regionale Nahrungsmittelversorgung und Wirtschaft erleiden massive Schäden. Durch die Zerstörung wertvoller Ökosysteme wie Regenwälder und Savannen verlieren indigene Völker ihren Lebensraum und sind in ihrem physischen und kulturellen Überleben gefährdet. Böden und Gewässer sind enormen Belastungen ausgesetzt, die Biodiversität ist gefährdet. In weiterer Folge wird die Leistungsfähigkeit der Ökosysteme geschwächt, was in Zusammenarbeit mit den Folgen des Klimawandels das Risiko für die Sicherung der Daseinsvorsorge mit Nahrung, sauberer Luft, Energie (Brennmaterial) usw. erhöht.

Ausgehend von bisherigen Erfahrungen sind weitere massive soziale Auswirkungen zu befürchten. Die existierenden Probleme könnten durch die Produktion von biogenen Treibstoffen noch verschärft werden. Die steigende Nachfrage nach Land kann auch negative Auswirkungen auf die notwendige Landreform in den Exportländern haben. Durch den in Zukunft noch verstärkten Anbau von Zuckerrohr oder Ölpalmen werden Reis, Mais und Bohnen verdrängt und traditionelle Anbau- und Besitzstrukturen in Frage gestellt.

Mit großer Sorge werden Entwicklungen wie die Abholzung von Regenwäldern in Malaysia (die Expansion der Ölpalmpflanzungen zwischen 1985–2000 ist für 90 Prozent der Urwaldzerstörung verantwortlich), Indonesien oder Brasilien beobachtet. Die un-

mittelbare Nutzung von Palmöl für die Biodieselproduktion ist zwar durch Qualitätsnormen nur sehr eingeschränkt möglich. Zu beachten sind aber Substitutionsprozesse in der Nahrungsmittel- und Kosmetikindustrie durch die verstärkte Nutzung anderer vegetativer Öle für die Treibstoffproduktion. Ökologische Folgen sind Übernutzung der Böden durch Plantagen, Dezimierung der Primärwälder, Verschwendung des knappen Guts Wasser in Exportkulturen, Dezimierung der Artenvielfalt und bei bestimmten Kulturen auch der Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen. Dies gilt insbesondere für Palmöl, das in die Industrieländer exportiert wird. Die grundsätzlich neutrale Klimabilanz von biogenen Treibstoffen aus Palmöl wird durch den Umstand, dass bei der Trockenlegung der 20 Meter dicken Torfschichten gewaltige CO₂-Mengen aus dem Boden entweichen, ad absurdum geführt. Sie belasten die Umwelt zehnmals stärker als fossile Brennstoffe.⁴

Diese Ausbeutung von Natur und Mensch und die damit ermöglichte billige Produktion von biogenen Treibstoffen sind die wichtigsten Wettbewerbsvorteile der Entwicklungsländer. Die größten Profiteure unter den bestehenden handelspolitischen Rahmenbedingungen sind in erster Linie auf Agrarexporte ausgerichtete Schwellenländer wie beispielsweise Brasilien.

Chancen und Risiken der Preisentwicklung

Die steigende Nachfrage nach Agrarprodukten hat eine positive Wirkung auf die Preise und somit auf die Wertschöpfung im ländlichen Raum und in weiterer Folge auch auf das Einkommen der Bauern. Von dieser Entwicklung profitiert nicht nur die Landwirtschaft in Europa und Nordamerika, sondern sie kann auch Chancen für die Landwirtschaft in Entwicklungs- und Schwellenländern bieten, indem der Aufbau und die Sicherung der eigenen Agrarproduktion attraktiver gemacht werden.

Die Armen in Entwicklungsländern sind häufig Subsistenzbauern. Kostendeckende Preise sind für bäuerliche Produkte die Voraussetzung, um auf dem Markt bestehen zu können. Erst wenn die Chance entsteht, Handel zu treiben, kommt es zu einer echten Wahlmöglichkeit und es kann der Einzelne entscheiden, ob er den Kreislauf der Subsistenzwirtschaft verlassen will. Die Steigerung der kleinbäuerlichen Wertschöpfung kann somit ein Beitrag zur Armutsbekämpfung sein. Zugleich muss aber auch bedacht werden, dass erhöhte Preise für landwirtschaftliche Produkte arme Bevölkerungsschichten in den Städten gefährden können, da deren Löhne nicht automatisch mitsteigen würden. Entsprechende Maßnahmen zur urbanen Armutsbekämpfung wären also parallel zu einer Steigerung der kleinbäuerlichen Wertschöpfung notwendig. Allerdings braucht es dafür aber auch eine bäuerliche Infrastruktur.

Preissteigerungen führen aber nicht automatisch zu mehr Einkommen im ländlichen Raum, v. a. die Landfrage ist entscheidend angesichts der Entwicklung hin zu Großgrundbesitz und Plantagenwirtschaft. Unter den bestehenden Rahmenbedingungen drohen durch den Agrarboom in bestimmten Regionen das Risiko der Vertreibung

⁴ Schweizer Energiestiftung SES 2007

durch Großinvestoren und höhere Preise für Nahrungsmittel, Saatgut und Dünger, was oftmals zu einer Reduktion von regionalen Arbeitsplätzen führt. Entscheidend sind die Kontrolle der Wertschöpfungskette durch lokale ProduzentInnen und der Zugang zur Selbstversorgung mit Energie.

Höhere Agrarpreise können unter der Voraussetzung struktureller Veränderungen bei den Rahmenbedingungen, die garantieren, dass die Produktion von Treibstoffen nicht in Konkurrenz zur Erzeugung und Versorgung mit Lebensmitteln tritt, zur Revitalisierung ländlicher Räume beitragen. Vor diesem Hintergrund bekennen sich die unterzeichnenden Organisationen zu folgenden Forderungen:

Forderungen für eine weltweit nachhaltige Energieproduktion aus Erneuerbaren Energieträgern

1. Die Erhöhung der Energieeffizienz und die Einsparung von Energie in jeder Form müssen selbstverständlich werden. Dies ist eine unabdingbare Voraussetzung für die Erreichung der beschlossenen Zielvorgaben. Es bedarf einer Änderung des Verhaltens der Bevölkerung in den Industrieländern und eines schonenden Umgangs mit dem steigenden Energieverbrauch in den Entwicklungs- und Schwellenländern. Der Zuwachs des Energieverbrauchs in den Industrienationen muss gestoppt werden. Auch der globale Gesamtenergie- und Ressourcenverbrauch muss reduziert werden, denn wir verbrauchen durch unseren Lebensstil im Norden derzeit schon zwei Weltkugeln (vgl. Konzept des ökologischen Fußabdrucks). Unter den Voraussetzungen einer Energie-Trendumkehr sowie einer drastischen Reduktion des Treibstoffverbrauchs und des KFZ-Verkehrs können bio-gene Treibstoffe – die unter Einhaltung von ökologischen und sozialen Mindeststandards erzeugt werden – einen sinnvollen Beitrag zum Klimaschutz leisten.

2. Die österreichische Landwirtschaft sieht ihr primäres Ziel in der Produktion von Lebens- und Futtermitteln, um eine ausreichende Versorgung der Bevölkerung mit Nahrungsmitteln sicherzustellen (wobei bei den derzeitigen Ernährungsgewohnheiten der ÖsterreicherInnen auch Lebens- und Futtermittel importiert werden müssen). Die nachhaltige energetische Nutzung heimischer Biomasse ermöglicht – neben der Reduktion von Energieimporten aus politisch instabilen Ländern und einem wesentlichen Beitrag zur Erreichung der verpflichtenden Klimaschutzziele – die Chance einer gesteigerten Wertschöpfung im und vor allem am Land. Biomasse soll daher auch einer energetischen Verwertung zugeführt werden können.

3. Die Erfüllung von sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Menschenrechten und damit das Recht auf Nahrung gehört zur obersten Staatenpflicht. Die Ernährungssouveränität und Nahrungsmittelversorgung in Abstimmung mit den UN-Millenniums-Entwicklungszielen sowie die Wasserversorgung der Bevölkerung bzw. der Wasserhaushalt des Ökosystems müssen sichergestellt werden. Arbeitsgesetzgebung (ILO-Kernarbeitsnormen) und Umweltnormen müssen eingehalten werden.

4. Steigende Preise von agrarischen Rohstoffen müssen zu einer Verbesserung der Einkommens- und Lebenssituation der ländlichen Bevölkerung beitragen. Für die Land-

wirte ergeben sich neue Chancen, da sich die Landwirtschaft wieder zu lohnen beginnt und so die Armut in den ländlichen Gebieten verringert werden kann. Dazu braucht es eine Veränderung der Rahmenbedingungen, um die wirtschaftliche Entwicklung in den Regionen zu fördern. Es muss sichergestellt sein, dass Subsistenzbauern und auf Landwirtschaft basierende indigene Lebensformen profitieren können.

5. Bei der Bewertung der Gewinnung, Aufbringung und Nutzung von biogenen und fossilen Energieträgern ist in jedem Fall die gesamte Energie- und Ökobilanz, die Versorgungssicherheit und das gesamte Kosten-Nutzen-Verhältnis mit dem Ziel einer gesteigerten Wertschöpfung im ländlichen Raum zu berücksichtigen.

6. Weitere handelspolitische Anreize im Rahmen der WTO sollten nur gegenüber Staaten gesetzt werden, die ein Mindestmaß an ökologischen und sozialen Normen garantieren. Die internationalen Menschenrechts-, Arbeitsrechts- und Umweltabkommen müssen gegenüber Handelsabkommen mit dem Ziel einer Gleichstellung massiv aufgewertet werden. Internationale Anstrengungen sind notwendig, um wirksame Maßnahmen zur Bekämpfung der Korruption einzuleiten. Neben den sozialen Kriterien wie Mindeststandards bei Landarbeitern, Arbeitnehmerschutz in den Fabriken muss dem Menschenrecht auf Nahrung Vorrang eingeräumt werden. Dazu sind aber auch Know-How-Transfer und eine höhere und sichere finanzielle Unterstützung der Entwicklungszusammenarbeit seitens der Industrieländer notwendig.

7. Für eine nachhaltige Produktion sind auf internationaler Ebene verbindliche Nachhaltigkeits-Standards festzulegen. Nur jene Produkte, die unter Einhaltung von ökologischen und sozialen Standards produziert werden, können auf die festgelegten Ziele angerechnet werden und in den Genuss entsprechender Fördermodelle kommen. Ziel muss ein einheitliches Zertifizierungssystem für Drittstaatimporte sein, das einerseits die erforderlichen Ansprüche an Transparenz und Rückverfolgbarkeit erfüllt und andererseits zusätzliche bürokratische Belastungen vermeidet. Zertifizierungen per se sind allerdings keine Garantie für Importe aus einer nachhaltigen Produktion. Dies trifft im Besonderen auf Länder zu, in denen gegenwärtig schon Natur und Mensch ausgebeutet werden. Der Kontrolle kommt daher zentrale Bedeutung zu.

8. Die Erzeugung von biogenen Kraftstoffen in Europa befindet sich erst im Aufbau. Ein unbeschränkter Marktzugang durch die Reduktion bestehender Zölle im Wege bi- und multilateraler Handelsabkommen würde einerseits den im Aufbau befindlichen europäischen Biokraftstoffmarkt massiv gefährden und andererseits den Boom bei den agrarischen Rohstoffen in den Entwicklungs- und Schwellenländern noch stärker anheizen. Ein erleichterter Marktzugang muss daher auf einen bestimmten Prozentsatz der jährlich wachsenden europäischen Produktion beschränkt werden. Dies würde den exportorientierten Entwicklungs- und Schwellenländern die Möglichkeit geben, an einem wachsenden Markt partizipieren zu können. Dieses Wachstum könnte somit dosiert und in ökologisch vertretbaren Pfaden erfolgen, ohne dabei die europäische Produktion in Frage zu stellen.

9. Der Klimawandel und seine Auswirkungen treffen vor allem den ländlichen Raum. Dieser ist für viele Menschen Lebensraum und zugleich Arbeitsplatz. Die Geschwindig-

keit, mit der die Änderung des Klimas voranschreitet, überfordert die Anpassungsmöglichkeiten der ländlichen Bevölkerung. Klimaschutz ist daher insbesondere aus Sicht der Landbevölkerung weltweit ein brisantes Thema, dem im Rahmen der Armutsreduktion höchste Priorität eingeräumt werden muss.

10. Im Bereich der Besteuerung des Verkehrs (Kfz-Steuer, NOVA) sollte ein Bonus-Malus-System, das den CO₂-Ausstoß stärker gewichtet, implementiert werden. Deutschland hat mit der Verabschiedung des Eckpunkte-papiers für ein integriertes Energie- und Klimaprogramm bereits die Umstellung der Kfz-Steuer auf CO₂-Basis angekündigt. Die OECD hat ebenfalls eine entsprechende Empfehlung zur CO₂-Besteuerung ausgesprochen.

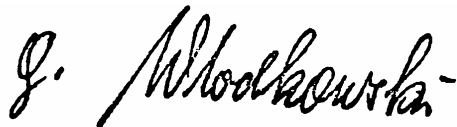
Fazit: Biogene Treibstoffe können Teil eines Maßnahmenpaketes sein, um Lösungen für globale Erwärmung und Klimawandel zu schaffen. Dazu braucht es aber eine Neuorientierung in der Politik und Regeln für den Welthandel, die auf gerechtes ökologisch und sozial verträgliches Wirtschaften ausgerichtet sind.



Diözesanbischof Dr. Ludwig Schwarz SDB
Vorsitzender der KOO



Dr. Franz Fischler
Präsident des OESFO Europa



Ök.-Rat Gerhard Wlodkowski
Präsident der LK Österreich



Mag. Rudolf Remler-Schöberl
Vorsitzender der AGEZ



Dipl.-Ing. Ernst Karpfinger
Präsident der VÖR

AGEZ-Arbeitsgemeinschaft Entwicklungszusammenarbeit
Dachverband von 30 entwicklungspolitischen NGOs
1090 Wien, Berggasse 7
Tel/Fax: 01/317 40 16
Mail: office@agez.at Homepage: www.agez.at

Ökosoziales Forum Europa
1010 Wien, Franz Josefs-Kai 13
Tel: 01/533 07 97-0, Fax: 01/533 07 97-90
Mail: info@oesfo.at Homepage: www.oesfo.at

KOO-Koordinierungsstelle der Österreichischen Bischofskonferenz für internationale
Entwicklung und Mission (KOO)
Facheinrichtung der Österreichischen Bischofskonferenz,
der 24 Mitgliedsorganisationen sowie der männlichen und weiblichen Missionsorden
1090 Wien, Türkenstraße 3/3
Tel: 01/317 03 21; Fax: 01/317 03 21-85
Mail: info@koo.at Homepage: www.koo.at

Landwirtschaftskammer Österreich
1014 Wien, Schauflergasse 6
Tel: 01/53441-8500; Fax: 01/53441-8519
Mail: office@lk-oe.at Homepage www.lk-oe.at

Vereinigung der österreichischen Rübenbauernorganisationen
1080 Wien, Lerchengasse 3-5
Tel: 01/406 54 76, Fax: 01/406 54 76 – 40
Mail voer@rueben.at Homepage: www.ruebenbauern.at